

Überlegungen zu einer Kernfrage des ideologischen Kampfes Opportunismus heute

Zwei Jahrzehnte nach der Niederlage des Sozialismus in Europa sind deren katastrophale Folgen auch in der BRD offensichtlich. „Deutschland ist wieder wer.“ Nach zwei verlorenen Weltkriegen hat der Mitsieg im kalten Krieg Auftrieb gegeben. Deutschland führt wieder Krieg! Das Monopolkapital tauscht im Inneren das Zuckerbrot mit der Peitsche. Überwachung und Militarisierung befestigen das „Hinterland“. Die ökonomischen, politischen und militärischen Voraussetzungen für eine deutscheuropäische Union werden vervollkommen. Weltherrschaft ist auszuschließen, aber Teilhabe bleibt im Visier.

Diese Aggressivität kann sich ungehindert entfalten. Der Klassenkampf von oben stößt auf zu wenig Klassenwiderstand von unten. Von einer im Marxschen Sinne „Klasse für sich“ kann bei der Arbeiterklasse der BRD derzeit nicht gesprochen werden. In Ost und West ist ihr Bewußtsein weitgehend verschüttet. Jene Ideologen, welche dem „Verschwinden“ oder der „Auflösung“ der Arbeiterklasse das Wort reden, stellen selbst ihre Existenz als „Klasse an sich“ in Abrede. Die Gewerkschaften befinden sich überwiegend in der Defensive. Die meisten führen Abwehrkämpfe. Gesamtnationale Streiks, wie der Ausstand der Lokführer, bilden vorerst noch eine Ausnahme. Die Mitgliederzahl der DGB-Gewerkschaften verringerte sich von 11,8 Millionen (1991) auf 6,6 Millionen (2006). Der Organisationsgrad betrug 2006 in Westdeutschland nur noch 21 Prozent, im Anschlußgebiet sank er sogar auf 17 Prozent.

Zermürbungsstrategie

Kommunisten und Sozialisten sind organisatorisch zersplittert, politisch z. T. heftig zerstritten, ohne spürbaren Einfluß in der Arbeiterbewegung. Tausende verließen die PDS, ohne sich neu zu binden. Unsicherheit erfaßt nicht wenige bei der Beurteilung der Geschichte ihrer Partei und der des in Europa zerschlagenen Sozialismus. Moralische Einschätzungen stehen marxistischer Wertung entgegen. Mit dem „Antistalinismus“ betreibt das Monopolkapital eine Zermürbungsstrategie gegen jene Kräfte, die am ehesten in der Lage sind, den Klassenwiderstand zu organisieren.

Wie schon so oft in der Geschichte der Arbeiterbewegung ist an jähren Wendepunkten des revolutionären Kampfes die Gefahr des Opportunismus (ob als Sozialreformismus, Revisionismus oder „linker“ Radikalismus) besonders groß, sein Wirken ist verheerend. Es reicht

nicht aus, Opportunismus nur an Namen festzumachen, aus Irrtümern einzelner Personen zu erklären, auf subjektives Fehlverhalten und Verrat zu reduzieren und es dabei zu belassen. Subjektive Fehler in der Politik haben zumeist objektive Ursachen und können ihrerseits wiederum zu objektiven Problemen führen. Es muß tieferliegende Ursachen geben, schrieb Lenin 1916, „die in der Wirtschaftsordnung und im Charakter aller kapitalistischen Länder wurzeln“. Mit der Analyse des Monopolkapitals deckte er die entscheidende Grundlage des Opportunismus auf. Seine Herrschaft verschärft die gesellschaftlichen Widersprüche derart, daß der Opportunismus zu einer politischen Notwendigkeit für deren Aufrechterhaltung wird. Doch die Diktatur der Monopole bildet auch den Nährboden für Opportunismus. Er ist deren Produkt und Existenzbedingung. Dieser gesetzmäßige Zusammenhang bildet eine widersprüchliche Einheit von objektiven Ursachen, politischen Funktionen und theoretischem Inhalt.

Verdrehter Reformbegriff

Der Sozialreformismus als in der BRD vorherrschende Form des Opportunismus hat eine jahrzehntelange Tradition mit entsprechendem Einfluß in der Arbeiterbewegung. Seine führenden Vertreter sind erfahren in der Umsetzung von Zielvorgaben imperialistischer Innen- und Außenpolitik. Er wurde durch die Auseinandersetzung Sozialismus – Imperialismus kräftig genährt. Mit dem Antikommunismus war die Grundrichtung vorgegeben. Die Konzeption eines „demokratischen Sozialismus“ entstand in Frontstellung zum wissenschaftlichen Sozialismus. Mit dem Kampf gegen die Kommunisten in der BRD, durch Illegalisierung der KPD, Verfolgung, Inhaftierung und Berufsverbote wurden Hindernisse für die Ausbreitung des Sozialreformismus beseitigt. Der Antikommunismus war auch der entscheidende Grundzug der opportunistenfördernden „neuen Ostpolitik“ der Brandt-Regierung, der „Konterrevolution auf Filzlatschen“. Das Monopolkapital der BRD sah sich gezwungen, den politischen und sozialen Herausforderungen des im Aufbau befindlichen Sozialismus in der DDR zu begegnen. Im Interesse der Herrschaftssicherung mußte und konnte es Zugeständnisse machen. Sie nährten Illusionen in der Arbeiterklasse über eine „Sozialpartnerschaft“ zwischen Kapital und Arbeit und über den „Sozialstaat“. Das blieb nicht ohne Wirkung auf die Werktätigen in der DDR. Das Wesen

dieser Zugeständnisse wurde in einem Leitartikel der „FAZ“ vom 2. 1. 2008 treffend genannt: „Manchem wird erst jetzt bewußt, wie sehr die Konkurrenz des Kommunismus, solange sie bestand, auch den Kapitalismus gebändigt hat.“

In der Tat. Mit dem Ende der Systemauseinandersetzung fühlt sich das Monopolkapital wieder „zwanglos“, entsprechend agiert es auch. Durch die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in einem ehemals souveränen, international anerkannten und geachteten deutschen Staat wurde ein historisch beispielloses Exempel statuiert, das zu tiefen Einschnitten im Denken und Handeln der Menschen führte. Aus einem zu den zehn führenden Industriestaaten der Welt gehörenden Land wurde eine der strukturärmsten Regionen der EU – der Mezzogiorno Ost. Jetzt steht sogar der „Rückbau Ost“ auf der Tagesordnung. Das Anschlußgebiet ist ein einzigartiges Experimentierfeld für Vorhaben in der alten Bundesrepublik. Es geht nicht nur darum, frühere Zugeständnisse rückgängig zu machen. Heute werden vorsätzlich und planmäßig soziale Errungenschaften und bürgerlich-demokratische Rechte vernichtet.

Es ist schon merkwürdig, daß sich das Monopolkapital des Begriffs „Reform“ bedienen kann. Diese zentrale Kategorie des Sozialreformismus ist im Denken vieler Menschen positiv besetzt. Die Kapitalistenklasse hat sich diesen Begriff zu eigen gemacht und mit einem Inhalt gefüllt, der das Gegenteil seines früheren Sinns bedeutet: „Agenda 2010“ – „Reform der sozialen Sicherheitssysteme“. Sie ist das Instrument für den rigorosen Sozialabbau und Staatsumbau. Es wurde von einer SPD-geführten Regierung zum Einsatz gebracht. Bei ihrem Amtsantritt dankte Frau Merkel dem scheidenden Bundeskanzler ganz persönlich, daß er „mit der Agenda 2010 mutig und entschlossen eine Tür aufgestoßen hat, unsere Sozialsysteme an die neue Zeit anzupassen“. Diesen „Mut“ quittierte ein Viertel der SPD-Mitglieder mit seinem Parteiaustritt während Schröders Regierungszeit.

Strukturwandel

Die sich aus dieser Entwicklung ergebenden Hemmnisse für einen Widerstand gegen den Klassenkampf von oben werden noch potenziert durch Wirkungen, die dem Strukturwandel in der Arbeiterklasse entspringen. Bereits seit Mitte der 70er Jahre vollziehen sich in der Klassen- und Sozialstruktur der BRD Veränderungen in einem bisher nicht gekanntem Ausmaß

und Tempo. Ursächlich hängen sie mit der rasanten Entwicklung von Wissenschaft und Technik, insbesondere der mikroelektronischen Revolution zusammen, die einen enormen Schub der Produktivkraftentwicklung auslöste. Die folgenden Zahlen bieten lediglich einen Anhaltspunkt. Allein von 1991 bis 2006 sank der Anteil an den Gesamtbeschäftigten in der Industrie von 29 auf 20 Prozent. Dagegen erhöhte sich der Anteil im Dienstleistungsbereich von 60 auf 72 Prozent (Handel, Verkehr, Gaststätten, Vermietung, Banken, Versicherungen, private und öffentliche Dienstleister). Daß diese Entwicklung weitergehen wird, zeigt sich in den USA. Dort sank der Anteil der in der Industrie Tätigen bis 2007 sogar auf fünf Prozent. Dieser Rückgang betrifft den Kern der Arbeiterklasse. Er verringert sich zahlenmäßig. Gleichzeitig vollziehen sich im schnell wachsendem Dienstleistungsbereich soziale Umschichtungen, die noch nicht ausreichend untersucht sind. Bei einem bedeutenden Teil der Beschäftigten zeichnet sich der proletarische Charakter ihrer sozialen Existenz bereits ab. Dabei handelt es sich keineswegs nur um Arbeiter, Angestellte und niedere Beamte. Es betrifft auch die große Zahl von schein-„selbständigen“ Existenzen, die schnell entstehen und ebenso schnell wieder ruiniert werden. Durch die vom Staat betriebene Privatisierung im öffentlichen Dienst, im Sozial- und Bildungswesen, in Medien und im kulturellen Bereich ergreift die Proletarisierung mehr denn je auch die mit geistiger Arbeit Beschäftigten. Die sozialökonomische Differenzierung bei der Intelligenz nimmt zu. Kapital und Staat treiben die sozialen Umschichtungen weiter voran. In den Konzernunternehmen erfolgt gezielt eine Verringerung der Stammebelegschaften. Sie werden durch Teilzeitbeschäftigte und Leiharbeiter ergänzt. Damit wächst auch in Großbetrieben die Zahl niedrig entlohnter und sozial unsicherer Arbeitsplätze. Das alles geht nicht spurlos an der „Arbeiteraristokratie“ vorbei, jener privilegierten Oberschicht der Arbeiterklasse, die Lenin einst als soziale Hauptstütze des Opportunismus bezeichnete. Sie hat ihre bevorzugte Stellung auf nationaler Ebene weitgehend eingebüßt.

Spaltung der Klasse

Heute ist es die gesamte Arbeiterklasse in den Hochburgen des Monopolkapitals, die diese Funktion gegenüber den Werk-tätigen in weniger entwickelten Ländern erfüllt. Das Monopolkapital kann auf das Verteilen der „Brosamen“ vom Extraprofit verzichten. Es hat sich auf dem Boden wachsender sozialer Unsicherheit und hoher Massenarbeitslosigkeit, der Realität von Standortverlagerungen und der Existenz einer weltweiten Reservearmee qualifizierter Lohnarbeiter viele Druckmittel und ein ganzes System relativer Privilegierung und absoluter Diskriminierung geschaffen. Die Methoden der Spaltung der Belegschaften mit Hilfe des

Arbeitslohnes werden vervollkommen. Inzwischen ist bereits relativ privilegiert, wer einen Arbeitsplatz hat und nach Tarif entlohnt wird. Seit Jahren sinkt die Zahl der Betriebe, die sich an Tarifverträge gebunden fühlen.

Der Osten ist für das Kapital eine regelrechte Niedriglohn-Oase. Mit dieser Diskriminierung wird die Ost-West-Spaltung der Arbeiterklasse befestigt. Die anhaltend hohe Massenarbeitslosigkeit wird mehr denn je als mächtiges Druck- und Disziplinierungsmittel durch das Kapital mißbraucht. Sie fördert die Konkurrenz unter den Arbeitslosen und entsolidariert. Der Kampf um einen Arbeitsplatz wird als persönliches, individuelles Anliegen verstanden und entsprechend geführt. Immer mehr Langzeitarbeitslose sind chancenlos. Sie gehören zu den bereits Ausgegrenzten, deren Arbeitskraft das Kapital nicht mehr benötigt. Sie sind in einer ausweglosen Lage, rat- und mutlos, resignieren. Die soziale Demoralisierung birgt die Gefahr von Gewaltbereitschaft und Gewalttätigkeit in sich. Sie erhöht die Anfälligkeit für rechtsextreme und ultralinke politische Positionen. Für die Beschäftigten ist die Massenarbeitslosigkeit ein Mittel der „Selbstdisziplinierung“. Um den Job zu behalten und nicht in den Strudel des sozialen Abstiegs zu geraten, nehmen sie widerstandslos längere Arbeitszeit, geringere Entlohnung, extreme Flexibilität und Demütigung in Kauf. Vorauseilender Gehorsam ist Praxis. Die Differenzierungen und Umschichtungen führen dazu, daß sich die Vielfalt, in der sich die proletarische Existenz äußert, vergrößert.

Altersarmut im Kalkül

Es wird immer schwieriger, die gemeinsamen grundlegenden Klassenmerkmale, -interessen und -bedürfnisse zu erfassen und die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns im Kampf gegen das Kapital zu vermitteln. Dem Arbeiter, der in einem bescheidenen Wohlstand lebt und monatlich über 2500 Euro Bruttolohn erhält, steht ein Hartz-IV-Opfer gegenüber, das mit 347 Euro Arbeitslosengeld II überleben muß. In der BRD vegetierten 2007 rund 7,4 Millionen Menschen von ALG II. Unter ihnen befanden sich 1,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte, deren Arbeitslohn zum Leben nicht reicht, die zusätzlicher Sozialleistungen bedürfen. Die dramatische soziale Situation dieser Hartz-IV-Opfer wird durch die Tatsache unterstrichen, daß mit dem ALG II in einem Jahr eine Rentenanwartschaft von sage und schreibe 2,19 Euro pro Monat erworben wird. Altersarmut ist programmiert. Es kommt zu einer sozialen Polarisierung innerhalb der Arbeiterklasse mit gegensätzlichen Interessen. Im Alltagsbewußtsein erhält der Gegensatz „beschäftigt – arbeitslos – ausgegrenzt“ einen größeren Stellenwert als der Gegensatz „oben – unten“. Diesen Tendenzen steht entgegen, daß bereits eine Mehrheit der Lohnarbeiter die prägende Erfahrung sammelt, daß Fleiß, reiche

Berufserfahrung und hohe Qualifizierung keinen Schutz vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg bieten.

Keine Alternative?

Aber Krisenprozesse bringen nicht automatisch auch ein kritisches Bewußtsein hervor. Die ungebrochene Dominanz der bürgerlichen Ideologie vermochte es, neue Blockaden zu errichten. Nach der Niederlage des Sozialismus in Europa wird das gesamte geistige Leben in der BRD von dem Gedanken beherrscht, daß der Kapitalismus alternativlos sei. An der Ausprägung dieses Denkens arbeiten alle Einrichtungen, die das geistige Leben beeinflussen und beherrschen. Das bestimmt auch die haßerfüllte Anti-DDR-Hetze der Monopolmedien. Bei der Bestimmung der „Punktziele“ gehen sie nicht von den Schwächen der DDR aus, sondern immer von ihren Stärken, von dem, was die Alternative ausmacht. Die Frage „Alternativlos – ja oder nein?“ rückt in das Zentrum des ideologischen Kampfes zwischen Fortschritt und Reaktion und damit auch des Kampfes gegen den Opportunismus.

Positive DDR-Erfahrungen

Bei der eindeutigen Beantwortung dieser Frage sind die Erfahrungen der DDR-Bürger bedeutsam. Mögen diese oftmals einer wissenschaftlich-weltanschaulichen Fundierung entbehren, mit Erscheinungen von Unzulänglichkeiten und Mangel in der DDR verquickt sein – sie existieren und sind bereits mit dem Leben unter kapitalistischen Bedingungen konfrontiert. In einer Blitzumfrage des MDR-Fernsehens im September 2007 „Sind Ihre Erinnerungen an die DDR eher positiv oder eher negativ?“ bekannten 84 Prozent der Befragten „eher positiv“. Möglicherweise sind es Anzeichen für das, was Peter Hacks, der Kommunist ohne Parteibuch, 1992 in einem Interview sagte: „Die Leute müssen noch lernen, daß der schlechteste Sozialismus immer noch besser ist als der beste Kapitalismus.“

Fest steht, daß die Bourgeoisie diese Herausforderung bereits 1917 begriffen hatte. Seitdem bekämpfte sie die sozialistische Alternative militärisch, ökonomisch, politisch und ideologisch. Immer nahm der Opportunismus im Kampf gegen sie eine konkret-historische Funktion wahr. Wer heute von der Überlegenheit des Sozialismus überzeugt werden soll – und das betrifft vor allem die junge Generation –, der hat auch ein Recht darauf zu erfahren, warum die sozialistische Alternative im ersten Anlauf nicht zum Erfolg führte. Auch in diesem Zusammenhang erweist sich die fortwährende Aktualität von Lenins Mahnung, „daß der Kampf gegen den Imperialismus eine hohle, verlogene Phrase ist, wenn er nicht unlöslich verknüpft ist mit dem Kampf gegen den Opportunismus“.

Dr. Dieter Hillebrenner

Zur These von der „Unumkehrbarkeit“ sozialistischer Macht- und Eigentumsverhältnisse

Die Dialektik von Revolution und Konterrevolution

Es ist Dr. Udo Stegemanns Ausführungen (RF 8/2007) zur Rolle des subjektiven Faktors der Konterrevolution ohne Einschränkung zuzustimmen, wiewohl seine Forderung nach einer „zügigen“ Aufarbeitung der Ursachen unserer Niederlage nicht erfüllbar sein dürfte, weil diese außerordentlich komplex und vielfältig sind. Hier stehen wir noch am Anfang, schon deshalb, weil deren Erforschung an mancherlei Grenzen stößt. Ein nicht zu übersehendes Manko ist der marxistischen Geschichtsschreibung selbst anzulasten.

Bereits 1978 stellte Prof. Dr. Kossok fest, was zu denken geben sollte: „Wenn wir den Umfang des Interesses von Karl Marx und Friedrich Engels an dieser Materie mit der von Lenin erhobenen Forderung messen, daß jedes Studium der Revolution das gleichzeitige Studium der Konterrevolution einschließen müßte, dann fällt der eklatante Rückstand unserer Revolutionsforschung ins Auge.“ Dieses Defizit wurde bis 1989 nicht behoben.

Ein Blick auf den Revolutionsprozeß in Frankreich (1789–1794) könnte hilfreich sein, denn seine Dynamik erwuchs gerade aus der Dialektik von Revolution und Konterrevolution. Ich höre den Einwand, daß diese Tatsache nicht automatisch auf die sozialistische Revolution zu übertragen ist. Zu entgegen ist: Die thematische Konzentration auf vergleichende Untersuchungen (Konterrevolution im Prozeß der Ablösung des Feudalismus sowie Konterrevolution im Prozeß der Errichtung des Sozialismus) ist schon deshalb gerechtfertigt, weil

- Revolutionen vom Typ 1789 (eingeschlossen die Revolutionen von 1830 und 1848 zur Ausgestaltung der bürgerlich-kapitalistischen Formation in Frankreich) auf eine Reihe noch ungelöster Aufgaben hinweisen, deren Bewältigung der sozialistischen Revolution vorbehalten bleibt;
- sich bürgerliche und sozialistische Revolutionen „überlappen“ (im Zeitalter des Monopolkapitalismus), und zwar dergestalt, daß ein Wechsel des Hegemons notwendig wird; bürgerlich-demokratische Revolutionen finden unter Führung der Arbeiterklasse statt;
- in allen Revolutionen des o. g. Charakters spielen die Volksmassen die entscheidende Rolle.

Das Individuum, die soziale Gruppe treiben die Geschichte voran. Ihr Handeln entscheidet über den Erfolg oder die Niederlage revolutionärer Prozesse. Aber wir wissen auch: Der Mensch (Klasse, Schicht) kann nicht „frei“ entscheiden,

sondern handelt mit Notwendigkeit nach vorgefundenen Umständen. Nicht immer – und gerade das nutzt die Konterrevolution für die Schaffung ihres Potentials aus – ist ein zweckgerichtetes bzw. rationales Handeln der Menschen von vornherein gegeben; sie verhalten sich nicht immer vernünftig, im Gegenteil, oft genug nicht im Interesse des Progressiven, sondern gegen ihre (objektiv) ureigensten Interessen. Wir mußten lernen: Die Geschichte verläuft in Widersprüchen, in Rückschritten und Fortschritten. Zu oft ist feststellbar, daß Geschichtsprozesse durch leichtfertig vergebene Möglichkeiten und Chancen geprägt sind. Individuen und soziale Gruppen können so zum Bestandteil, ja zum Träger des konterrevolutionären Potentials werden.

Die Französische Revolution legt selbst Zeugnis davon ab. Ich erinnere an die Aufstände von 1793 in der Vendee, geführt von Royalisten, ehemaligen Grundbesitzern und Teilen des Klerus und getragen von den Bauernmassen, die im eigentlichen Sinne vom Sieg über die Feudalität profitieren konnten. Auch dieses Beispiel zeigt die Möglichkeit einer vergleichenden Geschichte der Konterrevolution. Allein der Übergang zum terreur (Terror) im Zeichen der kleinbürgerlich-demokratischen Jakobinerdiktatur, unterstützt von den Volksmassen, rettete die Revolution.

In der DDR wurde, völlig richtig, von historischen Gesetzmäßigkeiten gesprochen, zugleich aber der Begriff „Gesetzmäßigkeit“ oftmals mechanistisch interpretiert. So erschien die weltweite Durchsetzung der sozialistisch-kommunistischen Formation a priori als unumkehrbarer Prozeß, als „Selbstläufer“. Das konnte nicht ohne Folgen für das Geschichtsbewußtsein der DDR-Bürger bleiben, zumal auch die Krisensituationen in der Geschichte des sozialistischen deutschen Staates (1948; 1953; 1956; 1961; 1969/70) historisch einseitig aufgearbeitet wurden. Zeigten diese nicht sichtbar, welche existentiellen Bedrohungen für unser Land existierten?

Daß jegliche historische Prozesse nach vorn offen sind und immer zugleich Alternativen zeitigen, wurde mißachtet. Destruktiv wirkte auch die Losung von den „Siegern der Geschichte“, die, mit zunehmender Wirkung, eine kritische Auseinandersetzung mit eigenen Fehlleistungen blockierte, besonders mit der Verantwortung des deutschen Volkes für den Faschismus und seine Verbrechen.

Dr. Stegemanns Beitrag, der beste, der nach meiner Auffassung im RF zum

diskutierten Komplex erschien, unterstreicht, daß die DDR ihre „Vendee“ konkret erlebt hat, ohne allerdings die nötigen Gegenkräfte formieren zu können – wie das in Frankreich geschah. Das immer komplexe Beziehungsgefüge von Masse, Klasse, Partei und Individuum wurde einseitig-mechanistisch interpretiert, mögliche Alternativen des Weges zum und im Sozialismus wurden nicht zum Gegenstand ernsthafter Diskussion gemacht, diskreditiert oder annulliert (Ackermann, Ulbricht). Den Fokus allein auf Gorbatschow zu richten oder gar Chruschtschow, erscheint mir mehr als fragwürdig.

Wenn wir nach den Ursachen des Sieges der Konterrevolution fragen, sollte man nicht darauf verzichten, die Begriffe „Revolution im engeren Sinne“ und „Revolution im weiteren Sinne“ anzuwenden. Danach ist die Etablierung der neuen Machtverhältnisse als „Revolution im engeren Sinne“, die sozial-ökonomische Formierung der neuen Gesellschaftsformation als „Revolution im weiteren Sinne“ zu verstehen. Letzteres gelang nicht und führte zur konterrevolutionären Rückwende.

Eine jeweils neue Gesellschaftsqualität ist das Resultat eines Revolutionszyklus im nationalen und internationalen Rahmen. Das vorausgesetzt, ist die Revolution keine statische, gleichförmige Größe – wie auch die Konterrevolution, die die politische und soziale Umwälzung von Anfang an verhindern bzw. rückgängig machen will. Diese ändert, je nach „Erfordernis“, das Gesicht, ist „friedlich“, „samten“ oder „orange“, ja, sie rekrutiert den Begriff Revolution und Fortschritt für sich. Sie bedient sich revolutionärer Phraseologie und scheut vor blutigem Terror und Massentötung nicht zurück.

Eine siegreiche Revolution setzt den unumkehrbaren, vollendeten Revolutionszyklus im nationalen und internationalen Rahmen voraus. Der Bourgeoisie gelang das, beginnend zu Anfang des 16. Jahrhunderts (frühbürgerliche Revolution), bis 1871. Entscheidend war insbesondere der Sieg der bürgerlichen Revolutionen in den ehemals britischen Kolonien Nordamerikas (USA) und in Frankreich. Diese „Doppelrevolution“ versetzte der Feudalität den Todesstoß; der bürgerliche Revolutionszyklus war, spätestens seit 1794, unumkehrbar geworden. Selbst die Rückkehr der Bourbonen änderte daran nichts (1815). Alle Restaurationsversuche blieben letztlich historisch wirkungslos. Der 1917 eingeleitete sozialistische Revo-

lutionszyklus konnte, trotz beträchtlicher Fortschrittsleistung, nicht erfolgreich vollzogen werden und erlebte zumindest einen tiefen Bruch. Daß revolutionäre Prozesse anderswo ihren Fortgang finden, unterliegt keinem Zweifel, ist aber nicht Gegenstand dieser Untersuchung.

Zusammenfassend soll thesehaft festgehalten werden:

1. Der Ausgang des Kampfes zwischen Revolution und Konterrevolution wurde entscheidend vom Sieg bzw. der Niederlage der jeweiligen Leitrevolutionen (Typ 1789 und Typ 1917), also der Französischen Revolution und der Oktoberrevolution, bezogen auf den jeweiligen Revolutionszyklus, bestimmt.

2. Für beide Revolutionszyklen war das Zusammengehen der inneren und äußeren Konterrevolution typisch.

3. Die Auseinandersetzung zwischen Konterrevolution und Revolution setzte mit Beginn (oder schon im Vorfeld) des Revolutionsprozesses ein.

4. Die soziale Basis und die Führungskräfte der Konterrevolution, eingeschlossen deren Strategie und Taktik, waren keine statischen Größen, sondern unterlagen einem Entwicklungsprozeß, der diesbezügliche Veränderungen mit umfaßte. Dem historischen Erkenntnisgewinn steht entgegen, eine geschichtliche Realität wie die UdSSR und die DDR (im Rahmen der Länder des Sozialismus) nur oder überwiegend von ihrem Ende her zu betrachten. Sieg oder Niederlage der Revolution müssen aus den konkret-historischen Umständen heraus erklärt werden, so auch der Beginn (1917; 1945/1949 bzw. 1788/89.)

5. Die sozio-ökonomische Ausgangslage (oder stadiale Reife) bei Beginn des revolutionären Prozesses bestimmten den Verlauf, die angewandten Methoden und Formen des Kampfes und letztlich den Ausgang der Systemauseinandersetzung nachhaltig. Schon die Jakobiner wußten, daß jedes Volk seine „Freiheit selbst erkämpfen“ muß (G. Forster). Es erwies sich als große Schwierigkeit, das dadurch bestehende gravierende Defizit in der Reife des subjektiven Faktors (1945 beginnend) sozusagen „im nachhinein“, zu beheben, weil die Freiheit „von außen“ kam (in Gestalt der militärischen Vernichtung des Faschismus durch die Antihitlerkoalition). Dieses Defizit konnte vollends nie behoben werden. Einen 14. Juli 1789, die siegreiche Volksrevolution „von unten“, kennt die deutsche Geschichte nicht!

6. Alle wesentlichen Fragen des Revolutionsprozesses erforderten die Anwendung der Gewalt (ökonomische, juristische, militärische u. a.). Der Grad der Anwendung der Gewalt (vgl. Engels) hing vom Grad des Widerstandes der Gegenrevolution ab. Die revolutionäre Gewaltanwendung darf sich aber nicht verselbständigen und muß die Zustimmung der Volksmassen finden, was nur teilweise gegeben war.

7. Jeder Revolutionsprozeß „durchlebt“ seine Krisen, die den Ausgang des Kampfes mitbestimmen. Deren Bewältigung muß einerseits durch die Aufhebung



CIA-Offiziere trainieren tibetische Truppen ... in Colorado
(Aus: „The Central Intelligence Agency. A Photographic History“ – einer CIA-eigenen Publikation, Guilford, Connecticut 1986)

der hemmenden Umstände (im Interesse der sozialistischen Revolution) geprägt sein, andererseits in ihren Methoden und Formen den Prinzipien des sozialistischen Rechtsstaates entsprechen. Die Lösung des Zusammenhalts von Partei und Volksmassen gefährdete ernsthaft den Formationswechsel, da dieser Zustand die Herausbildung des konterrevolutionären Potentials außerordentlich begünstigte und der Gegenrevolution den Boden bereitete.

8. Die Niederlage der sozialistischen Revolution hing von Faktoren unterschiedlicher Qualität ab: von a) historischen und äußeren Umständen (gegeben und wenig beeinflussbar); b) strukturellen Schwächen des Staates und c) der Verfaßtheit des subjektiven Faktors, besonders der Schwäche seines Kerns, der marxistisch-leninistischen Partei, die 1989/90 keine ausreichende Integrationskraft für die Volksmassen mehr besaß. (Nicht wenige Spitzenfunktionäre versagten – bei einigen ging es bis zum offenen Verrat.)

9. Die im Beitrag genannten Ursachen, Probleme und Zusammenhänge im Vergleich der Revolutionstypen 1789 und 1917 (bzw. 1945/1949, bezogen auf die DDR) beweisen nicht die prinzipielle Unmöglichkeit der sozialistischen Alternative zum Kapitalismus. Nur: Wir können beim Suchen nach ihr nicht an 1989/90 nahtlos anknüpfen, sondern müssen die veränderten und sich weiter verändernden Umstände genau analysieren. Dazu kommt notwendigerweise die Bewahrung und Erörterung des progressiven Erbes der DDR, beginnend mit der Bestimmung ihres historischen Platzes auf folgenden Ebenen: 1847/48 bis 1989/90 (deutsche Arbeiterbewegung); 1917 bis 1989/90 (sozialistischer Revolutionszyklus) und 1945/1949 bis 1990 (Beziehungen und Verflechtungen der DDR und der Alt-BRD). Es ist davon auszugehen, daß sich Geschichte und Politik der beiden deutschen Staaten wechselseitig nicht unwesentlich beeinflusst haben.

Dr. Peter Fisch



Collage Herbert Ahlgrimm's nach einer Karikatur von Peter Muzeniec, Eulenspiegel